

DEUTSCHE BAUZEITUNG

Wochenblatt

Zusendungen bittet man zu richten:
An die Redaktion der Deutschen
Bauzeitung, Berlin, Oranien-Str. 101.

Insertionen (2½ Sgr. die gespaltene
Petitzelle) finden Aufnahme in der
Gratis-Beilage „Bau-Anzeiger.“

herausgegeben von Mitgliedern

des Architekten-Vereins zu Berlin.

Bestellungen übernehmen alle Post
Anstalten und Buchhandlungen, für
Berlin die Expedition, Oranienstr. 101.

Preis 1 Thlr. pro Vierteljahr. Bei di-
rekter Zusendung jeder Nummer
unter Kreuzband 1 Thlr. 5 Sgr.

Redakteur K. E. O. Fritsch.

Berlin, den 16. November 1871.

Erscheint jeden Donnerstag.

Inhalt: Bekanntmachung des Vorstandes des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine. — Vorschläge zu einer der bestehenden Litteratur möglichst angepassten einheitlichen Bezeichnung der in der Hydrometrie vorkommenden Grössen. — Ein neues Denkmal für Berlin. — Die Börse in Chemnitz. — Mittheilungen aus Vereinen: Oesterreichischer Ingenieur- und Ar-

chitekten-Verein zu Wien. — Architekten-Verein zu Berlin. — Vermischtes: Zur Reform des deutschen Münzwesens. — Der Bau des Rathhauses in Wien. — Aus der Fachlitteratur: Zeitschrift des Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Vereins. 1870. — Personal-Nachrichten.

Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Den Mitgliedern der zum Verbande gehörigen Vereine geben wir nachstehend Kenntniss von dem Wortlaute dreier Petitionen, die von uns an den Bundesrath und Reichstag des deutschen Reiches gerichtet worden sind. Die an zweiter und dritter Stelle mitgetheilten Schriftstücke sind in Erfüllung eines Auftrages der Abgeordneten-Versammlung verfasst worden; die vorangestellte Petition in Betreff der Konkurrenz für Entwürfe zum Hause des deutschen Reichstages ist aus der Initiative des Vorstandes hervorgegangen.

Berlin, den 14. November 1871.

Der Vorstand:

Böckmann, Vorsitzender. Blankenstein. Franzius. Gercke. Röder. Römer. Streckert.

1. Petition, betreffend den Erlass einer öffentlichen Konkurrenz für Entwürfe zum Hause des deutschen Reichstages.

Berlin, den 14. November 1871.

Dem hohen deutschen Reichstage erlaubt sich der unterzeichnete Vorstand des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine Folgendes ehrerbietigst vorzutragen.

Durch den vom Bundesrathe angenommenen Beschluss des hohen deutschen Reichstages vom 19. April d. J. ist bestimmt worden, dass der Entwurf eines der Vertretung des deutschen Volkes würdigen Reichstagshauses im Wege öffentlicher Konkurrenz gewonnen werden solle, und hat eine aus Mitgliedern des Bundesrathes, Delegirten des Reichstages und Kommissarien der preussischen Regierung zusammengesetzte Kommission den Auftrag erhalten, unter Zuziehung des Beirathes von Sachverständigen die Bedingungen für eine solche Konkurrenz aufzustellen.

Nach den in öffentlichen Blättern enthaltenen, glaubwürdigen Nachrichten sind die Arbeiten dieser Kommission bereits beendet und steht der Erlass des betreffenden Preisausschreibens demnächst bevor. Gleichzeitig sind mehre der Bedingungen, welche dasselbe enthalten soll, bekannt geworden.

Da nach Lage der Sache nicht daran gezweifelt werden kann, dass es die Absicht der Reichsregierung wie des hohen Reichstages ist, alle Einleitungen für die Errichtung jenes nationalen Bauwerks in einer Weise zu treffen, welche die möglichste Sicherheit für ein glückliches Gelingen derselben bietet, so halten wir es, als Vorstand des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine für unsere unerlässliche Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, dass einige der Bedingungen des aufgestellten Programms nach den in den Kreisen der deutschen Architektenschaft gesammelten Erfahrungen wohl geeignet sind, das Ergebniss der Konkurrenz in nachtheiliger Weise zu beeinflussen.

Es sind dies in erster Linie die Bestimmungen, welche über die Zusammensetzung des Preisgerichtes getroffen werden sollen. Die auf einer allgemeinen Versammlung deutscher Architekten zu Hamburg im Jahre 1868 aufgestellten und von unserem Verbande als maassgebend und richtig angenommenen „Grundsätze für das Verfahren bei öffentlichen Konkurrenzen“ setzen hierüber in ihren ersten Paragraphen Folgendes fest:

§ 1. „Unter den Preisrichtern müssen Fachmänner vorwiegend vertreten sein.“

§ 2. „Die Richter sind im Programm zu nennen. Sie müssen dasselbe vor der Veröffentlichung gebilligt und sich zur Annahme des Richteramtes bereit erklärt haben.“

§ 3. „Die Annahme des Richteramtes bedingt Verzichtleistung auf jede direkte und indirekte Preisbewerbung und Betheiligung an der Ausführung des betreffenden Baues.“

Der Zweck dieser Grundsätze, deren Annahme den Bauherren, wie den sich betheiligenden Baukünstlern eine Garantie für den Erfolg eines öffentlichen Konkurrenzverfahrens bieten soll, ist kein anderer, als die Gewähr eines auf voller Sachkenntniss beruhenden objektiven und unparteiischen Urtheils der Preisrichter und damit die Grundlage jenes absoluten Vertrauens auf den korrekten Verlauf einer öffentlichen Konkurrenz zu schaffen, welches allein vermag, die geeigneten künstlerischen Kräfte zur Betheiligung an derselben zu veranlassen.

Nach unserer reiflich erwogenen Ueberzeugung würde diese Grundlage fehlen, wenn im vorliegenden Falle das Preisgericht aus 3 Mitgliedern des Bundesrathes, 8 Mitgliedern des hohen Reichs-

tages und nur 6 von den erstgenannten 11 Kommissaren nachträglich zugezogenen Architekten zusammengesetzt werden sollte, wie es dem Vernehmen nach im Gegensatze zu jenen angeführten Grundsätzen beschlossen worden ist.

So selbstverständlich es jedem Architekten scheinen wird, dass die Entscheidung der Frage, welcher von den eingegangenen Entwürfen einer Konkurrenz der Ausführung zu Grunde gelegt werden solle, in letzter Instanz dem Bauherrn, hier also der Reichsregierung und dem hohen Reichstage, vorbehalten bleiben muss, ebenso fest wird er an der Ueberzeugung halten, dass die Entscheidung der Frage, welcher von mehreren zur Beurtheilung vorliegenden Entwürfen der programmgemässeste, sowie in praktischer und künstlerischer Beziehung der relativ beste sei — und das allein ist die Aufgabe eines Preisgerichtes — in sachverständiger Weise nur durch eine Körperschaft erfolgen kann, in welcher die Majorität aus wirklichen Sachverständigen besteht. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, sind zudem die Fachmänner, welche dem künftigen Preisgericht angehören sollen, bei Erlass des Konkurrenz-Ausschreibens noch nicht bekannt, so ist es als zweifellos zu erachten, dass aus diesem Grunde nicht wenige Architekten, deren Betheiligung an der Konkurrenz dringend erwünscht wäre, derselben fern bleiben werden.

Indem wir uns gleichzeitig erlauben, darauf aufmerksam zu machen, dass nach unserer Anschauung ein aus 17 Personen bestehendes Preisgericht über Erfordern und zum Nachtheile seiner Arbeit zahlreich sein dürfte, gestatten wir uns die ehrerbietige Bitte:

Der hohe Reichstag wolle nur einem solchen Programm für die Konkurrenz in Betreff des deutschen Reichstagshauses seine Zustimmung ertheilen, nach welchem die Majorität der Preisrichter durch Architekten gebildet wird, welche vor Erlass des Preisausschreibens zu diesem Amte gewählt sind und dasselbe im Sinne der oben entwickelten Grundsätze angenommen haben.“

In Betreff einer zweiten Bestimmung, welche das gegenwärtig vorliegende Konkurrenz-Programm enthalten soll, haben wir keinen direkten Antrag zu stellen, wollen jedoch nicht verfehlen, dem hohen Reichstage unsere ehrerbietige Ansicht zur geneigten Erwägung zu unterbreiten. Es ist die Bestimmung, dass die Zulassung zur Konkurrenz nicht auf deutsche Architekten beschränkt, sondern Künstlern aller Nationen offen stehen soll.

In den Verhandlungen, welche innerhalb des hohen Reichstages bisher über den Bau seines Hauses gepflogen worden sind, ist stets nur von einer Konkurrenz zwischen den Architekten Deutschlands gesprochen worden, und die erhabene Auffassung, nach welcher jenes Haus weder als ein Bedürfniss- noch als ein blosser Prachtbau, sondern vor Allem als ein nationales Monument höchsten Ranges und im engsten Wortsinne betrachtet wurde, legte den Gedanken nahe, dass auch ausschliesslich die künstlerischen Kräfte der Nation zur Errichtung desselben mitwirken sollten.

Wird dieser Gedanke, dessen Erfüllung bei einem Volke von historischem Nationalgefühl, wie bei Engländern oder Franzosen, selbstverständlich erscheinen würde, verworfen, so ist es nicht Sache der Künstler, hiergegen zu protestiren. Es könnte der in keiner Weise gerechtfertigte Verdacht entstehen, als scheuten sie den Wettkampf mit den Fachgenossen anderer Nationen.

Wohl aber glauben wir im Namen der deutschen Architekten es aussprechen zu können, dass durch eine derartige Bestimmung die ihnen gestellte Aufgabe ihres hohen Ranges entkleidet werden dürfte. Eine internationale Konkurrenz für den Entwurf zum Hause des deutschen Reichstages wird, wie jede andere, ein Wettstreit um künstlerische Ehre und materiellen Gewinn sein und

nicht das durch die Weihe nationaler Begeisterung und nationalen Pflichtgefühls entflammte künstlerische Ringen, dem Vaterlande das Beste zu bieten, was ihm die vaterländische Kunst zu bieten vermag.

Der Vorstand etc.

2. Petition, betreffend die Beseitigung der Meile von 7500 Meter aus der neuen Maass- und Gewichtsordnung für Deutschland.

Berlin, den 8. November 1871.

Der Verband der deutschen Architekten- und Ingenieur-Vereine, vertreten durch Abgeordnete von 14 Vereinen, welche z. Z. aus etwa 3500 Mitgliedern bestehen, hat in einer seiner vom 28. bis 30. v. Mts. stattgehabten Sitzungen, bei der Beratung allgemeiner technischer Fragen einstimmig beschlossen: „an geeigneter Stelle dahin zu wirken, dass die in die Maass- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 als Entfernungsmaass aufgenommene Meile von 7500 Meter beseitigt werde“ und den ehrerbietigst unterzeichneten Vorstand als Vorort des Verbandes mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Demgemäss erlaubt sich derselbe dem Hohen Reichstage Nachstehendes vorzutragen:

Die Maass- und Gewichtsordnung nimmt zur Grundlage des Maasses und Gewichtes das Meter mit dezimaler Theilung und Vervielfachung und führt dem entsprechend das Meter, Zentimeter, Millimeter, Dekameter und Kilometer als Längenmaasse ein, während sie nachträglich noch die Meile von $7\frac{1}{2}$ Kilometer Länge als Entfernungsmaass vorschreibt. — Die letztere Bestimmung nun steht mit dem vorerwähnten Grundsatz geradezu im Widerspruch, da diese Meile nicht ein dezimales Vielfaches des

Meters, noch ein ganzes Vielfaches des Kilometers ist; — sie passt also nicht in das Dezimalsystem und ist daher schon vom theoretischen Standpunkte aus zu verwerfen. In praktischer Beziehung erwachsen aber auch dem Bautechniker aus der Anwendung dieses Maasses bei der Veranschlagung, der Bauausführung, der Inbetriebsetzung und der Unterhaltung der Strassen, Eisenbahnen u. s. w. durch die Nichtübereinstimmung dieses Maasses mit dem System die grössten Schwierigkeiten.

Durch Anführung von Beispielen dies näher zu begründen dürfte kaum erforderlich sein, vielmehr wird es genügen, die Sache überhaupt in Anregung gebracht zu haben und hier auszusprechen, dass kaum ein Bautechniker zu finden sein wird, welcher nicht die Beseitigung der Meile aus der Maass- und Gewichtsordnung für zweckmässig und nothwendig erachtet.

Hiernach richtet der unterzeichnete Vorstand an den Hohen Reichstag die ehrerbietigste Bitte:

„die Beseitigung der Meile von 7500 Meter aus der Maass- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 beschliessen zu wollen.“

Der Vorstand etc.

3. Petition, betreffend die Wünsche des Bauwesens bei Einführung eines neuen einheitlichen Münzwesens für Deutschland.

Berlin, den 8. November 1871.

Die in der Zeit vom 28. bis 30. Oktober d. J. stattgehabte Abgeordneten-Versammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine, in welcher 14 Vereine mit zusammen etwa 3500 Mitgliedern vertreten waren, hat sich veranlasst gesehen, auch die Frage des neu einzuführenden Münzsystems vom Standpunkte des Bauwesens aus in Erörterung zu ziehen. Bei den sehr bedeutenden Summen, welche die öffentliche und private Bauhätigkeit fortlaufend in den Verkehr bringt, hielt die Versammlung zu einem Urtheil in dieser Angelegenheit sich wohl berufen und beschloss einstimmig, dasselbe den gesetzgebenden Körpern des deutschen Reiches zur hohen Erwägung und thunlichen Berücksichtigung zu unterbreiten. Diesem Beschlusse entsprechend, giebt der unterzeichnete Verbands-Vorstand sich die Ehre, dem hohen deutschen Reichstage nachstehende Wünsche ehrerbietigst vorzutragen:

- Ein neues einheitliches Münzsystem für Deutschland ist so schnell wie möglich und gleichzeitig mit dem neuen Maasssystem einzuführen.
- Die Grundlage eines derartigen Münzsystems muss die Dezimaltheilung bilden.
- Diese Dezimaltheilung ist mit strenger Konsequenz so wohl in den Vielfachen, als in den Theilungen der als Einheit anzunehmenden Münze durchzuführen.
- Bei der Wahl dieser Einheitsmünze liegt ein Bedürfniss zum Anschluss an ein in Deutschland bestehendes Münzsystem nicht vor.
- Die von Seiten der Reichs-Regierung vorgeschlagene Einheit „Mark“ mit der Theilung in 10 Silbergroschen à 10 Pfennige ist für die Bedürfnisse des Bauwesens als zu klein zu erachten.

Motive.

Die Nothwendigkeit, ein einheitliches Münzsystem für ganz Deutschland einzuführen, ist von allen Seiten anerkannt, ebenso besteht kein Zweifel darüber, dass demselben nur das dekadische System zu Grunde gelegt werden kann. Es wird aber nicht überflüssig sein, darauf hinzuweisen, wie dringend geboten es ist, dass das neue Münzsystem gleichzeitig mit dem neuen Maass-

system ins Leben trete. Die Unzuträglichkeiten, welche aus dem Fortbestehen der bisherigen Münzsysteme neben dem neuen Maasssystem erwachsen, können nirgend lebhafter empfunden werden, als in den Kreisen der Architekten und Ingenieure, welche bereits seit etwa einem Jahre in der Lage waren, Kostenanschläge unter Zugrundelegung des Metermaasses aufzustellen. Ueberhaupt ist der Aufwand von Zeit und Arbeitskraft, welchen ein derartiger Wechsel in den Systemen erfordert, im Allgemeinen wohl kaum noch richtig gewürdigt worden. Um diesen für das Gemeinwohl schwer wiegenden Arbeitsverlust nach Möglichkeit zu verringern, sind beide neue Systeme gleichzeitig einzuführen, so dass ein Eingewöhnen in gänzlich neue Verhältnisse nur einmal erforderlich wird.

Nothwendig erscheint es ferner, das dezimale System nicht nur in der Theilung, sondern ebenso auch in der Vervielfachung der angenommenen Münzeinheit konsequent durchzuführen, denn lediglich in der vollkommenen Uebereinstimmung mit dem herrschenden Zahlen- und dem angenommenen Maasssystem werden die Vortheile des neuen Münzsystems beruhen. Würde aber dasselbe nicht konsequent durchgeführt, so hiesse dies einen Theil der Vortheile aufgeben, ohne die mit dem Wechsel des Systems verbundenen Nachtheile irgendwie zu vermindern. Dagegen liegt kein besonderer Grund vor, die neue Einheitsmünze irgend einem der in Deutschland zur Zeit bestehenden Münzsysteme anzupassen, weil die Einführung der neuen Maass- und Gewichts-Ordnung ohnehin alle gewohnten Beziehungen zwischen Maass-Einheiten und Geldwerthen vollständig aufhebt.

Um einen bestimmten Geldwerth als Grundeinheit für das neue Münzsystem vorzuschlagen, hielten die Abgeordneten der Architekten- und Ingenieur-Vereine sich nicht für hinreichend informiert und beschränkten sich daher darauf, mit 29 gegen 6 Stimmen auszusprechen, dass die von der Reichs-Regierung vorgeschlagene Einheit „Mark“ für die Bedürfnisse des Bauwesens, und wie sie glaubten, auch für den allgemeinen Verkehr zu klein erscheint, weil sie zu grosse, für die Rechnung unbequeme Zahlen ergibt, wie dies am französischen Münzsystem zu erkennen ist.

Der Vorstand etc.

Vorschläge

zu einer der bestehenden Litteratur möglichst angepassten einheitlichen Bezeichnung der in der Hydrometrie vorkommenden Grössen.

(Antrag bei der Abgeordneten-Versammlung der deutschen Architekten und Ingenieur-Vereine.)*

Die neuesten Forschungen auf dem Gebiete der Hydrotechnik, welche in ausgedehntester Weise zunächst am Mississippi durch die Ingenieure Humphreys und Abbot, in gleichen aber auch in der Schweiz und am Rhein angestellt worden sind und neuerdings in grösserem Maassstabe auch im Königreich Sachsen begonnen werden; lassen es im Interesse des gegenseitigen Austausches gemachter Erfahrungen dringend nothwendig erscheinen, dass die in der Hydrometrie vorkommenden Grössen eine — der bestehenden Litteratur möglichst angepasste einheitliche Bezeichnung erhalten.

Wenngleich die Unterzeichneten nicht verkennen, dass die unten gemachten Vorschläge hierzu in einzelnen Punkten noch rationeller, resp. für deutsche Verhältnisse passender gestellt werden könnten, so fällt doch hier der Umstand

noch mehr in's Gewicht, dass diese Grössenbezeichnungen sich bereits so eingebürgert haben, dass eine Aenderung derselben — grösstentheils von Humphreys-Abbot herstammend — nur zu Verwechselungen und Unzuträglichkeiten führen würde.

Die Unterzeichneten schliessen sich daher genannten Bezeichnungen an und erlauben sich den Antrag zu stellen:

„Man wolle bei den Techniker-Vereinen Deutschlands dahin zu wirken suchen, dass im Interesse gegenseitigen wissenschaftlichen Wechselverkehrs die nachfolgend genannten Vorschläge betreffs der Bezeichnung der in der Hydrometrie vorkommenden Grössen allgemein angenommen und beibehalten werden.“

Im Hinblick darauf, dass auch die im Königreich Sachsen gegenwärtig vorgenommenen Untersuchungen sich an die am Mississippi, am Rhein etc. angestellten anlehnen

*) Laut Beschluss der Abgeordneten-Versammlung vom 30. Oktober den im Verbaude vertretenen Vereinen zur Berichterstattung binnen Jahresfrist überwiesen.

werden, sowie in Rücksicht darauf, dass die mannichfachsten hydrotechnischen Untersuchungen in einigen Ländern Deutschlands im vollen Gange sind, halten die Unterzeichneten ihren Antrag für einen dringlichen.

W = Wasserspiegelbreite,

D = örtliche Tiefe,

p = benetzter Umfang; bei rechth. Kanälen $= W + 2D$,

$R = \frac{F}{p}$ = mittlere Tiefe oder mittlerer Radius,

J = (inclinativ) relatives Gefälle im Stromstrich. (Wenn nicht direkt gemessen = Mittel aus:

J' = relatives Gefälle am rechten Ufer und

J'' = " " " linken Ufer).

v = mittlere Flussgeschwindigkeit (pro Sekunde),

$Q = F \cdot v$ = Durchflussmenge (pro Sekunde),

C = grösste Wasserspiegelgeschwindigkeit im Thalweg,

V_0 = Wasserspiegelgeschwindigkeit = Geschwindigkeit in der Tiefe 0

d_1 = Tiefe der Parabelaxe (der grössten Geschwindigkeit) unter dem Wasserspiegel

V_{d_1} = grösste Geschwindigkeit in der Parabelaxe oder in der Tiefe d_1 unter dem Wasserspiegel

$\frac{1}{2} D$ = halbe Tiefe

$V \frac{1}{2} D$ = Geschwindigkeit in der halb. Tiefe. Desgleichen.

In einer dem Stromstrich parallelen Vertikalebene.

Desgleichen

Germersheim, 18. Okt. 1871.

Grebenu, 18. Okt. 1871.

Kgl. Bayr. Baubeamter.

d_m = Tiefe desjenigen Wasserfadens unter dem Wasserspiegel, welcher die mittlere Geschwindigkeit (V_m) der ganzen Vertikalebene besitzt.

$V_{d_m} = V_m$ = wahre mittlere Geschwindigkeit der sämtlichen Geschwindigkeiten in einer dem Stromstrich parallelen Vertikalebene (= Parabelfläche dividirt durch die Tiefe D).

V_D = Geschwindigkeit in der Tiefe D oder an der Sohle.

$V_{d_x} = V_x$ = Geschwindigkeit eines beliebigen Wasserfadens, welcher in der Tiefe d_x (kürzer x) unter dem Wasserspiegel liegt.

U_0 = wahres Mittel aller V_0 der ganzen Flussbreite. (Wird erhalten, wenn man die Kurve der V_0 (die Wasserspiegelgeschwindigkeits-Kurve) in ein Rechteck verwandelt, welches W zur Länge hat, oder indem man die Fläche dieser Kurve durch die Wasserspiegelbreite W dividirt.)

U_{d_1} = wahres Mittel aller V_{d_1}

$U_{\frac{1}{2} D} = \frac{1}{2} D$ = " " " $V_{\frac{1}{2} D}$

$U_m = \frac{1}{2} D$ = " " " V_m

$U_D = \frac{1}{2} D$ = " " " V_D

n = Koeffizient der Rauheit des Flussbettes.

k = Koeffizient der Eytelwein'schen Formel:

$v = k \sqrt{R \cdot J}$

Bautzen, 22. Okt. 1871.

J. A. von Wagner,

Kgl. Sächs. Wasserbauinspektor u. geprüfter Zivil-Ingenieur.

In einer dem Stromstrich parallelen Vertikalebene.

Ein neues Denkmal für Berlin.

In den Tagen, wo die Hauptstadt des deutschen Reiches endlich in den Besitz des ihr so lange vorenthaltenen Monuments für unsern grössten nationalen Dichter gelangt ist, wird eine Anregung zeitgemäss sein, welche für sie ein neues Denkmal zur Erinnerung an die grossen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zu gewinnen strebt.

Jedem Architekten, der die herausgegebenen Entwürfe Schinkel's kennt, ist gewiss das originelle Brunnenmonument im Gedächtniss, welches als Erinnerung der Kriege von 1813–15 auf dem Schlossplatz zu Berlin errichtet werden sollte. Die Absicht wurde nicht realisiert, da bei den damaligen knappen Mitteln des erschöpften Landes die für das grossartig konzipierte Projekt erforderlichen Summen nicht aufzubringen waren.

Sehr nahe lag daher der Gedanke, nach glorreicher Beendigung des jüngsten französischen Krieges die Idee wieder aufzunehmen, zu deren Verkörperung Schinkel wegen Ungunst der Verhältnisse nicht gelangte. Zeitgemässe Modifikationen hätten sich unschwer dem Grundgedanken anpassen lassen.

Bevor jedoch dieser Gedanke ernsthaft diskutiert werden konnte, kam ein neuer Anstoss durch die bedeutungsvolle künstlerische Ausschmückung der Siegesstrasse, auf welcher am 16. Juni d. J. der Kaiser an der Spitze der Repräsentanten des deutschen Heeres seinen feierlichen Einzug in die Residenz hielt.

Unter allen Kunstwerken, welche damals in erstaunlich kurzer Zeit zu diesem Zweck geschaffen wurden, hat wohl keines so allgemeine und ungetheilte Anerkennung gefunden, als der plastische Fries, mit welchem Siemering den Unterbau des Germania-Denkmal's schmückte, das vor dem Schlossportal im Lustgarten errichtet, den Schlusspunkt einer langen Reihe bedeutungsvoller Schöpfungen der architektonischen, plastisch-bildnerischen und malerischen Kunst darstellte. Bei keinem gewiss war auch das Bedauern so gerechtfertigt wie allgemein empfunden, dass dieses herrliche Erzeugniss wehevoller Feststimmung nach dem Feste gleich den übrigen Kunstwerken wieder verschwinden müsse. So hat es ja denn auch kürzlich, obgleich länger als alle übrigen dem stets mit neuem Interesse herbeiströmenden Volke zur Schau geboten, seine Stelle am öffentlichen Platz verlassen müssen; glücklicherweise nicht, um der Vernichtung anheimzufallen, sondern um in entsprechend veränderter Anordnung die lange Rückwand einer Gartenhalle der Villa Warschauer in Charlottenburg zu schmücken.

Aber hiermit ist dem öffentlichen Bewusstsein kein volles Genüge geschehen! Ein Werk wie dieses, das sich die Gunst des ganzen Publikums gleichsam im Sturm eroberte, darf ebenso wenig im ausschliesslichen Besitz des Einzelnen verharren, wie es völlig untergehen könnte — es ist schon Allgemeingut geworden.

Und so sei denn hier ein Gedanke ausgesprochen, der gewiss schon von Vielen gehegt worden ist: „Der Siemering'sche Fries muss als dauerndes Monument noch den fernsten Zeiten den Aufschwung des deutschen Volkes verkünden, den wir mitzuerleben so glücklich waren.“

Zwischen dem Hauptportal unsres ehrwürdigen Königsschlusses und der Breiten Strasse, also mitten auf dem Schlossplatz,

hatte Schinkel sich den grandiosen Brunnenbau gedacht, auf dessen Höhe das Kolossalbild der Borussia thronen sollte, mit erhobenem Schwert stets zur Abwehr frevelhafter Unbilde bereit. Auf dieser Stelle müssen wir jetzt ein ähnliches Monument errichten, dem Geist nach den Schinkel'schen Gedanken fortsetzend, zugleich aber an die jüngste Siegesfeier direkt anknüpfend. Man denke sich dasselbe etwa so:

Auf einem Unterbaue von quadratischer Grundfläche, dessen abgestumpfte Ecken mit breiten Pfeiler-Vorsprüngen besetzt sind, erhebt sich der zylindrische Körper, dessen Mantelfläche unsern Fries trägt. Die vier Eckpfeiler des Unterbaus nehmen plastische Gestaltungen an, welche — (anknüpfend an die Flussgestalten des provisorischen Monuments, doch nicht wie diese nur als Relief, sondern als freie statuarische Bildungen) — vier Gruppen darstellen, deren jede einen mächtigen Wasserstrahl zunächst in eine passend angebrachte Schale und von da in ein breites, das ganze Monument ringförmig umschliessendes Wasserbecken ausströmen lässt. Das Ganze krönt ein Kolossalbild als Symbol des geeinten kaiserlichen Deutschland.

Ueber das letztere noch einige Worte. Das provisorische Monument hatte als Vorwurf die Wiedervereinigung der lange entfremdeten Provinzen Elsass und Deutsch-Lothringen mit der neu und mächtig erstandenen Germania. Eine glückliche Idee für die Siegesfeier, bei welcher auch dieser Kampfpriest nicht ohne bedeutungsvolle und ausdrückliche Erwähnung bleiben durfte. Anders gestaltet sich jedoch die Sache gegenüber dem definitiven Monument. Hier gilt es vor Allem in schlagender Weise das Aufrufen des deutschen Volks aus tiefem Frieden, die Rüstung zum Riesenkampf einer-, und das wichtigste und glorreichste Resultat dieses Kampfes, die Einigung des grossen Vaterlandes nach Aussen und Innen andererseits zur künstlerischen Erscheinung zu bringen. Das erstere stellt unser Fries in unvergleichlicher Weise dar. Das zweite kann wohl kaum anders, als durch eine mächtige Gestalt der Germania symbolisiert werden, auch abgesehen von den künstlerischen Bedenken, die gegen die Gruppe an sich erhoben werden könnten, z. B. wegen der Vereinigung von Figuren verschiedenen Maassstabes, der zu grossen Breite der Komposition u. dergl. mehr. Gewichtiger als diese immerhin mehr äusserlichen Rücksichten spricht für die Darstellung in nur einer Figur der Gedanke der Einheit, der hier jeden anderen beherrschen muss, und der durch eine Gruppe nicht zum richtigen Ausdruck käme. Man mag der Wiedervereinigung der bisher französischen Provinzen mit dem alten Stammlande eine noch so hohe Bedeutung beilegen: wichtiger ist doch unbedingt die Einigung Gesamt-Deutschlands, zu welcher jene höchstens im Verhältniss des Theils zum Ganzen steht.

Wie verlautet, sind schon erfolgreiche Schritte geschehen, um die hier ausgesprochenen Ideen der Verwirklichung entgegenzuführen: Mögen dieselben überall im weiten Vaterlande begeisterte Aufnahme finden, wenn sie demnächst an die Öffentlichkeit treten.

Berlin, 5. November 1871.

Spieker.

Die Börse in Chemnitz.

Erfunden von Constantin Lipsius, Architekt zu Leipzig.

Nachdem wir unsern Lesern vor einigen Monaten in der Publikation der neuen Börse zu Bremen einen der hervorragendsten Prachtbauten dieser Gattung aus einer der ersten Handelsstädte Deutschlands vorgeführt haben, ist es uns willkommen, ihnen auch von einer einfacheren und bescheideneren Lösung Kenntniss geben zu können, welche derselben Aufgabe in einem deutschen Handelsplatze mittleren Ranges zu Theil geworden ist. Und zwar um so willkommener, als dieser Bau in seiner architektonischen Detail-Gestaltung zugleich als ein charakteristisches Beispiel der Richtung gelten kann, welche die mit Publikationen so ausserordentlich zurückhaltende, auf der Dresdener Akademie ausgebildete sächsische Architekturschule in treuer Anhänglichkeit an die kunstgeschichtlichen Traditionen des Landes mit besonderer Vorliebe pflegt.

Der Entwurf zur Börse in Chemnitz ist das Ergebnis einer im Jahre 1864 ausgeschriebenen Konkurrenz, bei welcher der Sieg von dem Architekten Constantin Lipsius zu Leipzig errungen wurde. Leider ist bei der Ausführung, die im Herbst 1865 begann, durch die Ereignisse des Jahres 1866 aber unterbrochen und erst im Sommer 1867 beendet wurde, nicht mit völlig genügender Sorgfalt verfahren worden; man hat den Architekten allerdings mit der Ausarbeitung sämtlicher bis zum kleinsten Detail durchgeführter Bauzeichnungen beauftragt, es jedoch erst nachträglich für angemessen erachtet, ihm auch die obere Leitung und Kontrolle des an Chemnitzer Baugewerken in Entreprise vergebenen Baues anzuvertrauen. Es haben sich in Folge dessen mehrere Ungenauigkeiten und willkürliche Abänderungen eingeschlichen, die den ursprünglichen Entwurf mehr oder weniger entstellen, sich jedoch leider nicht wieder ganz beseitigen liessen.

Das mit seiner Hauptfront an einem freien Platze belegene Gebäude musste auf einer sehr beschränkten Baustelle von ca. 26^m Breite bei 21,3^m Tiefe errichtet werden, die jedoch wenigstens den Vortheil besitzt, von drei Seiten her uneingeschränktes Licht zu erhalten. Es war daher eine verhältnissmässig bedeutende Höhenentwicklung in mehrstöckiger Anlage erforderlich und ist die für eine grössere Börse wohl ausgeschlossene Anordnung des Börsensaales im ersten Stockwerke des Hauses von Seiten der Kaufmannschaft ausdrücklich gewünscht worden. Die Entwicklung des Grundrisses ist eine höchst einfache und daraus hervorgegangen, dass der durch zwei Geschosse reichende, mit Oberlicht beleuchtete Saal zum Zentralraume des Hauses gemacht worden ist, den zunächst ringsum Nebenschiffe umgeben, während auf den drei freiliegenden Seiten je eine Reihe kleinerer Räume die äussere Umschliessung bildet. Die beiden vorderen Ecken dieses Baukörpers bezeichnen zwei grössere Wendeltreppen, die aus dem Erdgeschoße zu den oberen Börsenräumen führen; eine schmalere Nebentreppe, welche vom Keller bis zum Dachgeschoss durchgeht und sämtliche Stockwerke in kürzester Verbindung setzt, liegt in der rechten, die Retiraden-Anlage in der linken hinteren Ecke des Hauses.

In der speziellen Eintheilung der beiden unteren Stockwerke erforderte der praktische Zweck eine Gruppierung der Räume, welche dieses System ihrer Anordnung weniger deutlich hervortreten lässt. Das Kellergeschoss, das auf der linken Seite 1,7^m, auf der rechten Seite nur 0,7^m über das äussere Terrain emporragt, enthält lediglich Räume von untergeordneter Bedeutung — die Küche und das Vorrathsgelass der Restauration, die Kammer für den Luftheizungsapparat, Kohlenkammer etc.; zugänglich ist dasselbe mittels der Nebentreppe, von der ein direkter Ausgang nach Aussen mündet, auch führt eine besondere kleine Laufstiege direkt zum Buffet der Restauration empor. Den Zwecken der letzteren dient der grössere Theil des Erdgeschosses und ist der mittlere Theil des Hauses hier in voller Breite zu einem durch Säulen getheilten, 9^m breiten, 24,5^m langen Saale ausgebildet worden, der sein Licht von beiden Schmalseiten her empfängt. Die Vorderfront wird von dem mit 3 Axen geöffneten Vestibül und den beiden mit ihm durch kurze gerade Arme verbundenen Haupttreppen eingenommen; dazwischen liegen Portierloge und ein kleines Kabinet für den Wirth, sowie die Verbindungsflure, zu deren linken ein unmittelbarer Ausgang von der betreffenden Seitenstrasse emporführt. Da die Restauration auch von der rechtseitigen Nebentreppe, welche sie mit den Börsenräumen in direkte Verbindung setzt, zugänglich ist, so sind demnach Eingänge in allen drei Hauptfronten vorhanden.

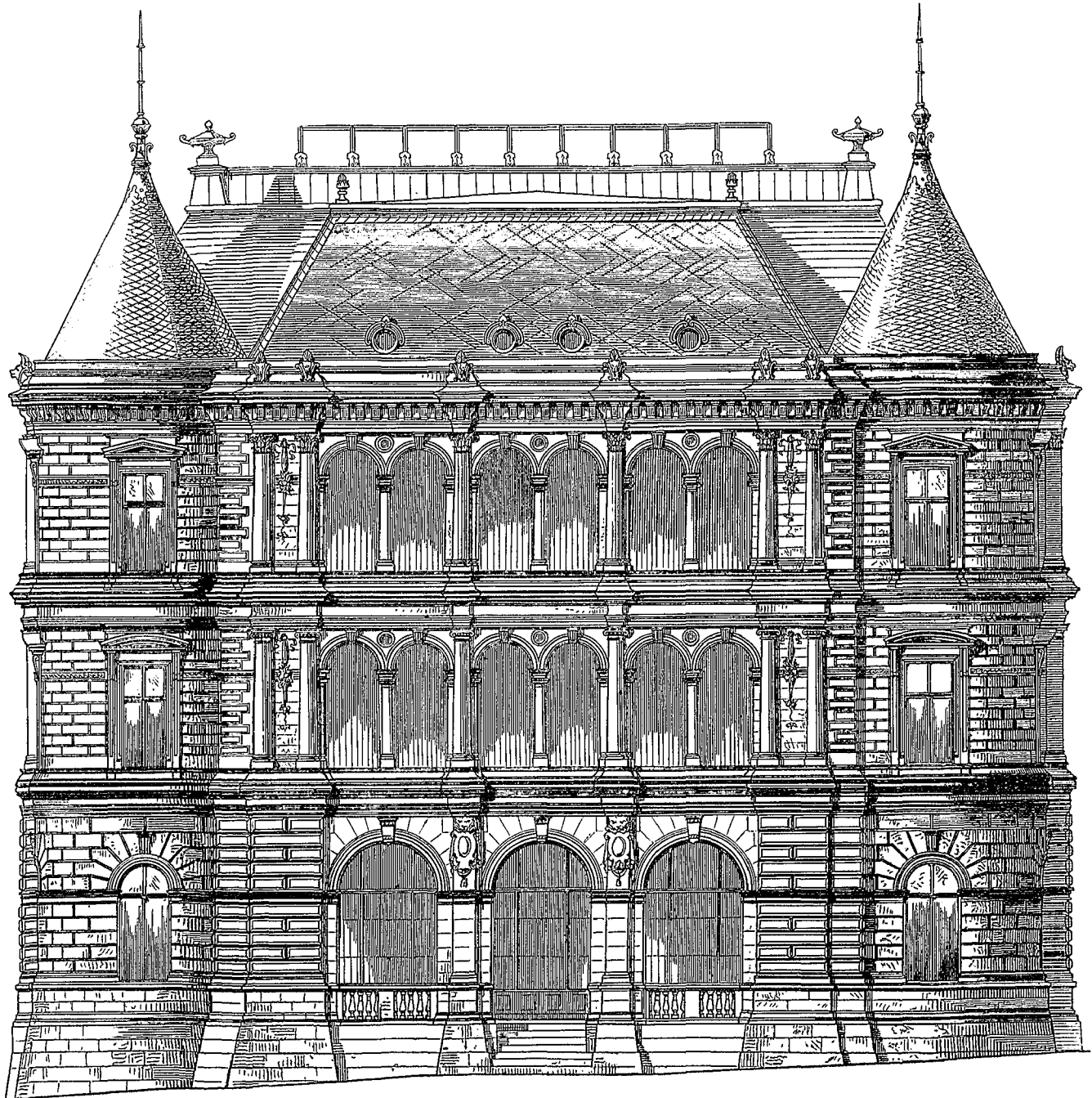
In voller Reinheit kommt das maassgebende Grundrissmotiv in den beiden oberen Geschossen, in welchen die Bestimmung des Gebäudes am deutlichsten bezeichnet wird, zum Ausdruck. Die beiden Treppen der Vorderfront, welche übrigens einen Durchmesser von 4,5^m haben, münden im ersten Stockwerke in ein Foyer, dessen Aussenwand durch eine Reihe von 6 Bogenfenstern durchbrochen wird, während Glathüren nach dem grossen Börsensaale führen. Dieser Saal, in seinem lichten Mittelraum ca. 11,5^m breit, 9^m tief, 13,33^m hoch und durch die Nebenschiffe, welche auf jeder Seite mit je 3 Axen sich öffnen, auf einen Flächenraum von ca. 16^m Breite und 15^m Tiefe vergrössert, kann also bei einem incl. der Stützen ca. 240 □^m betragenden Inhalte bis an 500 Börsenbesucher aufnehmen. Zur linken Seite desselben liegen 4 Komtore, zur rechten Seite der Sitzungssaal der Kaufmannschaft und das Telegraphen-Bureau. — Zum obersten Stockwerke, wo die Nebenschiffe des Saals zu Gallerien geworden sind, welche als Korridore für die Seitenräume dienen, führt nur eine der beiden Haupttreppen, und zwar die der Nebentreppe diagonal gegenüberliegende empor; sämtliche Gelasse, die hier gewonnen werden konnten, werden als Komtore benutzt.

Wenn man diese Grundriss-Lösung in ihrer übersichtlichen Einfachheit und Klarheit wohl direkt als musterhaft bezeichnen kann, so darf man auch der architektonischen Gestaltung des Aufbaues im Aeussern und Innern — soweit ein Urtheil ohne Anschauung der Wirklichkeit überhaupt gestattet ist — die gerechte Anerkennung einer einheitlichen, künstlerisch empfundenen und monumental durchgeführten Komposition nicht versagen. Namentlich verdient die Fassade, deren Ansicht wir mit den Grundrissen der beiden unteren Stockwerke bereits als besondere Beilage zu No. 44 vorausgeschickt haben, während wir diesmal eine perspektivische Zeichnung vom Innern des Börsensaales und die beiden oberen Grundrisse bringen, das Lob eines bewussten und glücklichen Versuches, die innere Raumtheilung auch in der Gruppierung des Aeusseren zum Ausdruck zu bringen. Wesentlich dient hierzu die verschiedenartige Ausbildung des Daches, das damit von der Rolle eines konstruktiven Nothbehelfs, den man zu verstecken trachtet, zu der Funktion eines unentbehrlichen Gliedes im künstlerischen Organismus erhoben worden ist. Mit dieser Auffassung hat sich der Künstler den von Jahr zu Jahr an Ausdehnung und Geltung gewinnenden Bestrebungen angeschlossen, welche in der Anknüpfung an die Traditionen der nordischen deutschen Renaissance das beste Mittel erblicken, um zu einem nationalen, den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechenden Baustile zu gelangen. Im Einzelnen weicht seine an strengere akademische Motive und die speziellen Dresdener Traditionen sich anlehrende Schöpfung allerdings erheblich von der freieren und malerisch bewegten Kunstweise ab, wie sie andere Meister derselben Richtung, z. B. Raschdorff in Köln, in ihren Werken einschlagen.

Was die Struktur und das Baumaterial betrifft, so ist zunächst zu bemerken, dass die eine Hälfte des Hauses, welche in das Terrain des alten, zugeschütteten Stadtgrabens fällt, auf Beton, die andere auf gewachsenem Boden gegründet worden ist. Im Aeusseren sind sämtliche Architekturtheile, die Rustika und das gesammte Erdgeschoss aus Pirnaer Sandstein hergestellt, die glatten Flächen hingegen verputzt worden. Die steilen Dachflächen sind mit Schiefer, die Plateformen mit Zink gedeckt; die architektonische Durchbildung des zur dominirenden Erscheinung kommenden äusseren Oberlichtes ist in einfacher Weise dadurch bewirkt worden, dass die Fugen der starken Glasplatten, aus welchen dasselbe besteht, mit Holmen bedeckt wurden, die in stirnziegelähnlicher Form enden. Das Innere ist in höchst einfacher Weise ausgestattet und ist die für die Treppenhäuser, das Foyer und den Saal beabsichtigte Ausschmückung durch Malerei und Bekleidung mit Stuckmarmor vorläufig noch unterblieben; ebenso ist von dem durch den Architekten entworfenen Meublement nur das Buffet, ein Schrank und eine Zeitungsstange ausgeführt worden. Die Heizung erfolgt durch erwärmte Luft mittels Caloriferen; die Gasbeleuchtung des grossen Saals ist in dem Raume zwischen äusserem und innerem Oberlicht angeordnet worden.

Die Baukosten haben sich auf 50000 Thlr. belaufen; der Kaufpreis für den Platz, sowie die Kosten der Heizungs- und Beleuchtungs-Einrichtung sind jedoch hierbei nicht mit eingeschlossen.

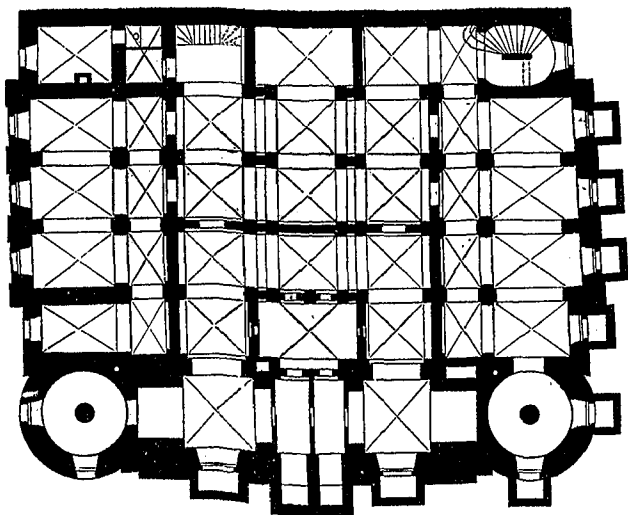
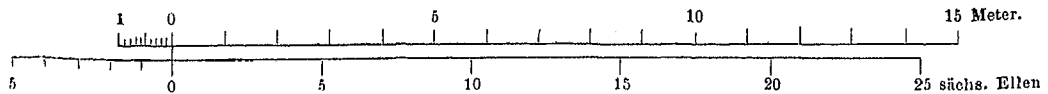
DIE BÖRSE IN CHEMNITZ.



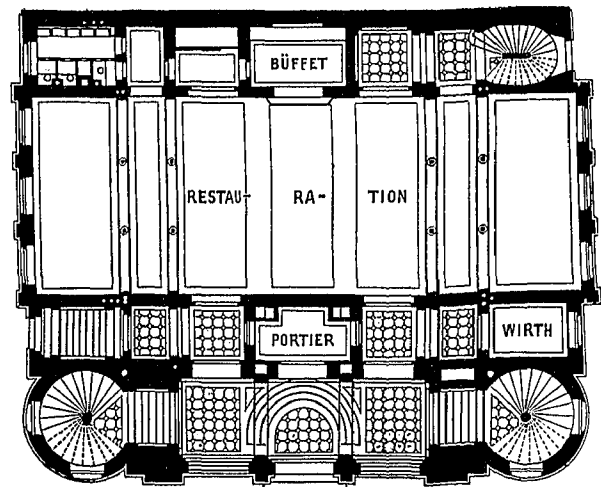
Erf. von Const. Lipsius.

Haupt-Façade.

P. Meurer, X. A.

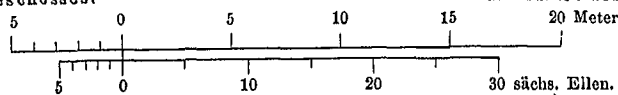


Grundriss des Untergeschosses.

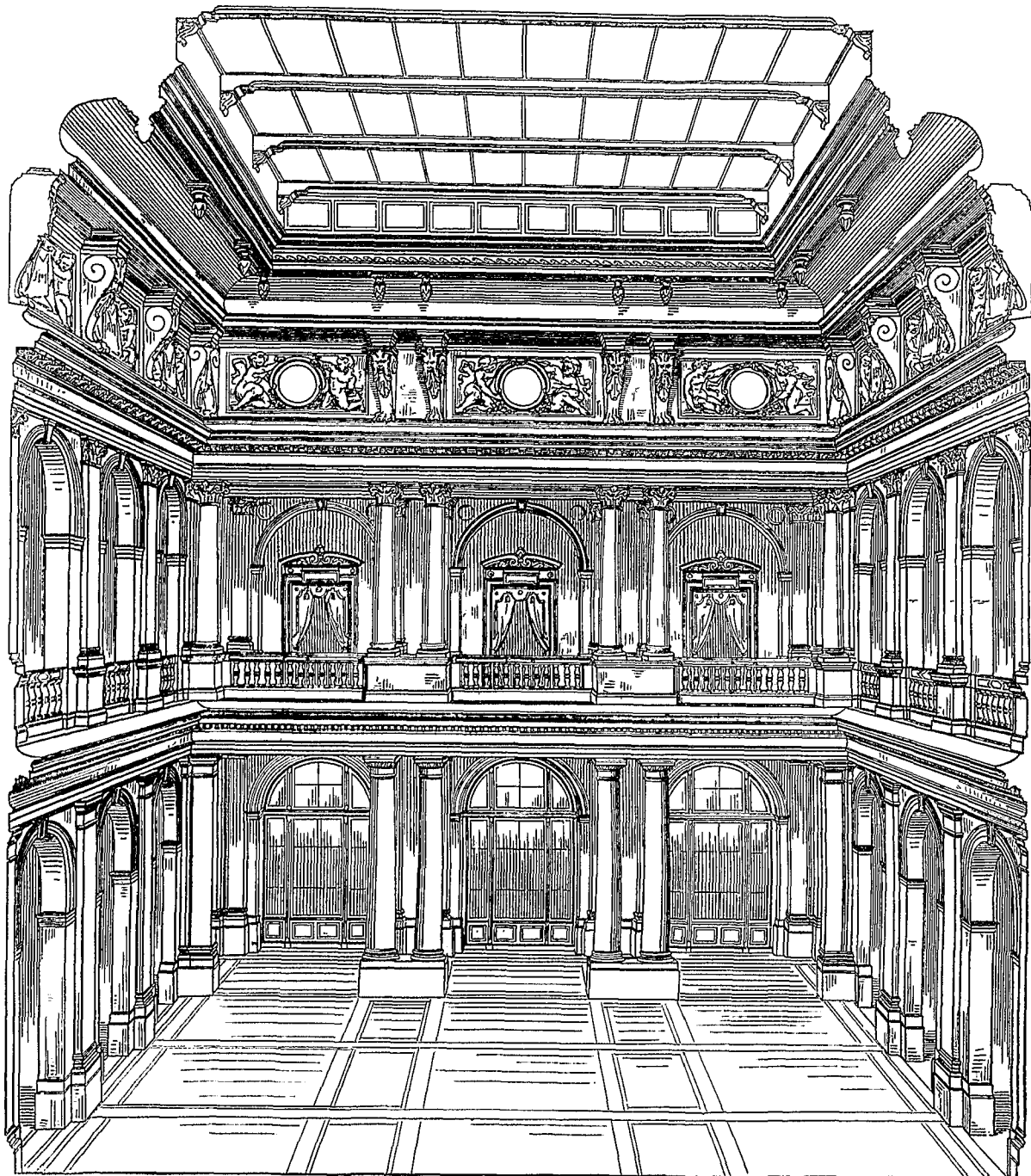


Grundriss des Erdgeschosses.

C. Glantz, X. A.



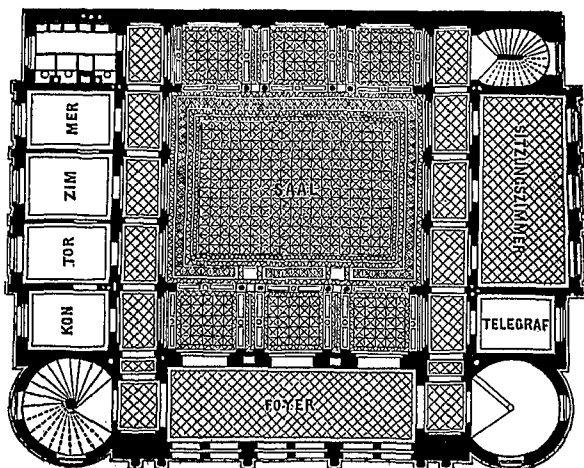
DIE BÖRSE IN CHEMNITZ.



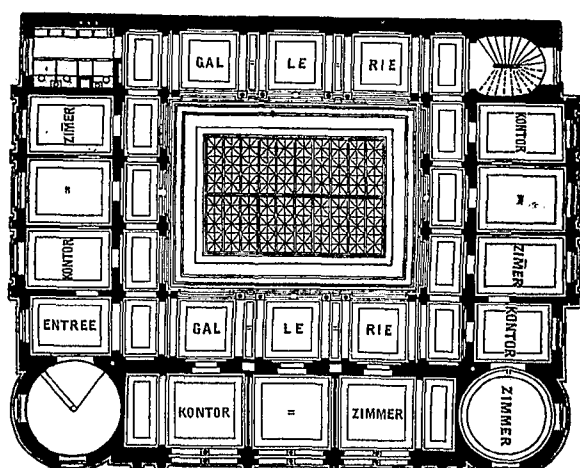
Erf. von Const. Lipsius.

Perspektivische Ansicht vom Innern des Börsen-Saales.

P. Meurer, X. A.

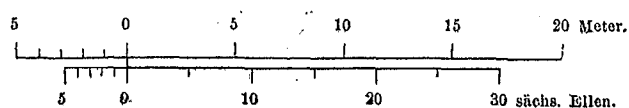


Grundriss des ersten Stockwerks.



Grundriss des zweiten Stockwerks.

C. Glantz, X. A.



Mittheilungen aus Vereinen.

Oesterreichischer Ingenieur- und Architekten-Verein zu Wien. Auszug aus dem Protokoll der Sitzungen vom Januar bis Juni 1871 (Fortsetzung aus No. 41).

Wochenversammlung am 25. Februar 1871; Vorsitzender Herr Oberbaurath F. Schmidt, anwesend 198 Mitglieder.

Nachdem Herr Fr. Eltz die von der Seidel'schen Fabrik in Dresden ausgestellten Muster und Photographien von Email-Ofen erläutert und deren Herstellung beschrieben hat, trägt Herr Oberingenieur C. Maader über die Schneeverwehungen zwischen Parndorf und Zarndorf auf der Strecke Wien-Raab vor. Seit dem 15jährigen Bestehen der Bahn traten fast in jedem Winter derartige Verwehungen ein, die theilweise so bedeutend waren, dass der Betrieb dadurch bis auf 21 Tage eingestellt werden musste, da es bei den zwei grossen 700° und 400° (759 resp. 1328^m) langen, durchschnittlich 12—18' (5,7 bis 3,8^m) tiefen Einschnitten der Bahn sich meist um die Beseitigung einer Schneemasse von ca. 1,000,000 kb' (31600 kb^m) handelte. Die Anwendung von Schneepflügen der verschiedensten Konstruktion erwies sich bei längerem Schneetreiben eher schädlich als nützlich, da der durch sie zur Seite ausgeworfene Schnee eine Erhöhung der Seitendämme und eine demnächstige desto tiefere Verwehung zur nothwendigen Folge hatte. Dauernde Abhülfe, die sich im Laufe des letzten Winters bereits bewährt hat, ist dadurch versucht worden, dass man die Bahn in den flachen Einschnitten um so viel gehoben hat, dass die Dammhöhe derselben das umliegende Terrain in den tiefsten Punkten noch um 2' (0,63^m) überragt. Bei den Einschnitten, wo eine solche Aenderung nicht möglich war, sind in einer Entfernung von 60' (19^m) vom Bahngelände Schutzdämme von 9—12' (resp. 3,8 bis 2,8^m) Höhe aufgeführt worden. Die Aufstellung von Hürden will der Redner nur zum Zwecke von Beobachtungen und Versuchen als zweckmässig gelten lassen, da die Erhaltung, sowie das Aufstellen und Abtragen derselben zu theuer wird. — Herr Ingenieur C. Kohn giebt einige interessante technische Mittheilungen über die Kunstfertigkeit englischer und amerikanischer Diebe, namentlich über die Manipulation derselben beim Erbrechen eiserner Kassen.

Monatsversammlung am 4. März 1871; Vorsitzender Herr Oberbaurath Fr. Schmidt, anwesend 232 Mitglieder.

Nach dem Geschäftsberichte sind 3 Mitglieder aus dem Verein geschieden, 9 Mitglieder werden in denselben aufgenommen; das aus 32 Mitgliedern bestehende Schiedsgericht, sowie das Redaktions- und Vortrags-Komitée (10 resp. 12 Mitglieder) werden neu gewählt.

Herr Professor Dr. E. Winkler machte hierauf einige Mittheilungen über eine von ihm aufgestellte neue Theorie des Erddrucks, deren erste Bearbeitung bereits vom Jahre 1860 datirt, während eine Veröffentlichung derselben erst neuerdings durch die Vereinszeitschrift und mittels besonderer Brochüre erfolgt ist. Während die bisherigen Theorien von der falschen Annahme eines sich in ebener Fläche lösenden Prismas ausgingen, hat der Vortragende nach dem Vorgange der Cauchy'schen Erfolge in der Elastizitäts- und Festigkeitslehre versucht, bei der Theorie des Erddrucks das Elastizitätsgesetz durch das der Reibung und Kohäsion zu ersetzen und ist dadurch zu bemerkenswerthen Resultaten gelangt, wenn auch eine exakte Auflösung des Problems noch nicht möglich war. — Herr Telegraphen-Ingenieur M. Kohn spricht über die Eisenbahn-Blocksignale und erläutert deren Einrichtung, sowohl nach dem System von Siemens und Halske, wie nach dem in England bereits seit mehreren Jahren eingeführten Walker'schen System; endlich erwähnt derselbe der an einzelnen wichtigen Punkten der Schweizerischen Eisenbahnen angelegten Absperr-Signale. Der Vortrag, dessen Zweck es ist, eine Diskussion über die Einführung des in Norddeutschland bereits in Aussicht genommenen Blocksystems auch für Oesterreich anzuregen, ist gleichfalls in der Vereinszeitschrift abgedruckt.

Wochenversammlung am 11. März 1871; Vorsitzender Hr. Oberbaurath Fr. Schmidt, anwesend 275 Mitglieder.

Hr. Ministerialrath Gustav Wex, der Chef-Ingenieur der in Ausführung begriffenen Donauregulirung bei Wien, spricht in längerem Vortrage über dieses Werk, dessen Vorgeschichte er zunächst erläutert. Eine Regulirung der Donau, die bei ihrem Austritt aus der Gebirgsebene oberhalb Wien grosse Schottermassen in der Wiener Thalebene ablagert und innerhalb derselben einen im höchsten Grade verwilderten, bei jedem grösseren Hochwasser sich ändernden Lauf nimmt, ist erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts versucht worden, indem am linken Ufer gegenüber Klosterneuburg und Nussdorf die sogen. Hubertischen Dämme erbaut wurden. Leider war dieses Werk, durch welches das Hochwasserprofil von 400° auf 210° (resp. von 759^m auf 398^m) verengt wurde, ebensowenig glücklich wie die Anstalten, welche zur Verbesserung des Wiener Donaukanals, ursprünglich eines natürlichen Seitenarms der Donau, getroffen wurden. Statt eine Vertiefung desselben durch Ausbaggerung anzustreben, versuchte man dieselbe durch gewaltsame Einführung grösserer Wassermassen aus dem Strome zu erzielen. 1785 wurden zu diesem Zweck bereits mehre Steinsporen (Buhnen) am gegenüberliegenden Ufer angelegt; 1810 bis 16 aber ist die Einmündung des Kanals trichterförmig bis auf 64° (121,3^m) erweitert und am linken Ufer eine 160° (303,4^m) lange deklinante Buhne erbaut worden, wodurch das Strombett wiederum bis auf 80° (151,7^m) verengt wurde. Noch einmal ist dies schliesslich geschehen, als man um diese fehlerhafte Einmündung zu verbessern 1831—32 das frühere konkave rechte Ufer durch Erbauung eines konvexen Dammes in den Strom vorrückte. Als einzig zweckmässige Bauten

dieser Periode sind die Arbeiten zu bezeichnen, durch welche von 1816—34 das Bett des Donaukanals auf eine gleiche Normalbreite von 26° (49,3^m) gebracht, mit erhöhten Ufern, Deckwerken und Böschungspflasterungen versehen und in der untersten Strecke mittels eines Durchstichs in einer zweckmässigeren Richtung in den Hauptstrom eingeleitet wurde.

Ein erstes Projekt zur Donauregulirung und zwar mittels eines Durchstichs fast in der jetzt angenommenen Trace wurde bereits 1810 durch den Hofbaurath Schemerl ausgearbeitet, ist jedoch, obgleich vom Kaiser genehmigt, nicht zur Ausführung gekommen, weil die Ansicht der späteren Wasserbaudirektoren eine andere war. Erst nach den verheerenden Ueberschwemmungen der Jahre 1849 und 1850 ist die Frage in erneute Berathung gezogen und durch eine Kommission von 10 Technikern und 6 Vertrauensmännern untersucht worden. Obwohl die Hälfte der Techniker und sämtliche Vertrauensmänner für die Regulirung der Donau mittels eines deren Vereinigung mit dem Kaiserwasser herbeiführenden Durchstichs sich aussprachen, so überwog doch die durch den Chef des Oesterreichischen Strassen- und Wasserbaues, Ministerial-Rath von Pasetti vertretene Ansicht, dass eine Korrektion des bisherigen Strombetts genüge, und wurde eine solche bei Wien von 1850—66 auch mit einem Kostenaufwande von 1600000 Gulden ausgeführt. Nach der Ueberschwemmung von 1862 hat eine Kommission von 4 Sachverständigen, den Herren Baumgartner, Kink, Mihalik und Riener, sich abermals, aber vergeblich für einen Durchstich, wenn auch in verschiedener Trace, ausgesprochen; endlich wurde im Jahre 1866 eine grosse Kommission aus Vertretern sämtlicher Interessenten gebildet und von dieser das Gutachten von vier anerkannten auswärtigen Autoritäten des Wasserbaues, der Herren Abernethy (London), Hagen (Berlin), Sexauer (Baden) und Tostain (Paris) eingefordert. Der Umstand, dass zwar Abernethy und Sexauer für eine Verlegung des Donaubettes, Tostain und namentlich Hagen jedoch gegen dieselbe und für eine Korrektion sich aussprachen, schien eine abermalige Vereitelung des von Wien aufs Lebhafteste gewünschten Durchstich-Projektes zur Folge zu haben, bis gegen Ende des Jahres 1867, wo ein neues Ministerium zur Regierung gelangte und Pasetti pensionirt wurde, neuer Fluss in die Angelegenheit kam. Der Nachfolger Pasetti's, Sektionsrath Waniek, und der Vortragende erhielten den Auftrag, die Gutachten der 4 Sachverständigen nochmals gründlich zu prüfen, und begannen in Folge dessen ein sorgfältiges Studium der für die Stromregulirung in Betracht kommenden Fragen.

Als Ergebniss dieser Studien ist Folgendes anzuführen:

Durch die bedeutende Einengung des Strombettes an der Abzweigung des Donaukanals wird das Hochwasser daselbst um ca. 4' (1,26^m) höher aufgestaut, als an der Taborbrücke; die Differenz zwischen Hoch- und Niedrigwasser an dieser Stelle, welche 1798 und 1805 ca. 12' (3,79^m) betrug, ist bis auf 19' 10" (7,27^m) gestiegen: Selbst wenn angenommen wird, dass die kleinsten Wasserstände gegenwärtig tiefer fallen als zu Anfang des Jahrhunderts, so scheint doch sicher, dass die Hochwässer gegenwärtig um mindestens 4' (1,26^m) höher steigen, als damals und ist hierin die wesentlichste Ursache der seit jener Einengung des Strombetts eingetretenen verheerenden Ueberschwemmungen zu erblicken. Die Beseitigung derselben, welche von Hagen und Tostain auf Grund der ihnen von den damals leitenden Wasserbauingenieuren gemachten Angaben als nicht erforderlich erklärt wurde, ist daher eine wesentliche Grundbedingung jeder Regulirung des Stroms, welche Abhülfe der gegenwärtigen Uebelstände schaffen soll.

Die gegenwärtige Richtung des gegen die linke Thalseite gekrümmten Stromlaufes ist lediglich als eine Folge der verkehrten Einbaue und nicht als die normale und natürliche zu betrachten, da sich nachweisen lässt, dass das jetzt in Verlandung begriffene Kaiserwasser früher der Hauptarm des Stromes war und noch 1817 gleiche Wassertiefen wie der linke Arm hatte. Die von Pasetti und Hagen beantragte Korrektion würde daher eine Konservirung eines unnatürlichen Zustandes sein, während die Herstellung eines die Krümmungen abschneidenden, in sanfter Kurve geführten Durchstichs die Wiederherstellung normaler Zustände ist.

Nur durch diesen Durchstich und nicht durch die Korrektion lässt sich die programmässig geforderte Anlage entsprechend, in der Nähe der Stadt Wien belegener Landeplätze und ein Zustand des zwischen der Donau und Wien belegenen Terrains erzielen, welcher dasselbe zur Bebauung geeignet macht.

Die von Hagen befürchtete Benachtheiligung der Schifffahrt durch die bei Ausführung des Durchstichs zu erwartende, von ihm auf 16" (0,42^m) berechnete Senkung des Wasserspiegels ist illusorisch, da das bei Nussdorf in den Strom tretende Felsenriff, welches Hagen dabei im Auge hat, nur auf eine ganz kurze Strecke in die Donau reicht, im Uebrigen aber nur in bedeutender Tiefe unter dem Flussbette sich fortsetzt.

Die von Hagen als Nachtheil betrachtete bedeutende Erdaushhebung, welche die Herstellung eines Durchstichs erfordert, ist vielmehr ein Vortheil, da das gewonnene Erdmaterial zur Anschüttung des niedrigen Terrains am rechten Ufer verwendet werden kann, das auf keine andere Weise, als durch eine solche Anschüttung nutzbar zu machen ist. Die Kostendifferenz zwischen dem Durchstich- und dem Korrektionsprojekt, welche auf nur 6 Millionen Gulden geschätzt wird, kann gegenüber den vorerwähnten Gesichtspunkten nicht in Betracht kommen.

Die auf Grund dieser Ermittlungen von den Hrn. Waniek und Wex gestellten Anträge sind demnächst von der Kommission mit allen gegen zwei Stimmen gebilligt worden und haben sich nach erfolgter Genehmigung des betreffenden neuen Donauregulierungsprojektes durch den Kaiser so allgemeiner Billigung zu erfreuen gehabt, dass die zu je $\frac{1}{2}$ auf den Staat, das Land Niederösterreich und die Stadt Wien vertheilten Kosten im Betrage von 24600 000 Gulden von den betreffenden Körperschaften einstimmig genehmigt wurden.

Von der hiernach aus je drei Vertretern dieser drei Interessenten gebildeten neuen Kommission ist dem Vortragenden die obere Leitung der Ausführung übertragen worden, mit welcher zunächst an der wichtigsten Strecke (vom sogen. Roller bis zur Stadlauer Brücke) begonnen worden ist, nachdem die Bau-Unternehmer Castor & Comp. die betreffenden Arbeiten in Entreprise übernommen haben.

Für die Wahl der Trace, welche nicht ganz so nahe an Wien herangeführt werden konnte, als dies von mehreren Seiten gewünscht wurde, sind einerseits mehrere feste Punkte — jenes Riff bei Nussdorf, der bereits fertige Pfeiler der Stadlauer Brücke, das Lobauer Leitwerk — endlich die Rücksicht auf eine möglichstste Schonung des Praters entscheidend gewesen. — Bei Bestimmung der Normalbreite ist angenommen worden dem eigentlichen Strombette für die kleinen und Mittelwässer eine Breite von 1000' (316^m), dem Hochwasserprofile hingegen eine solche von 2400' (759^m) zu geben, was wahrscheinlich etwas zu gross ist, jedoch den Zweck haben soll, eine zu starke Vertiefung des Strombettes und allzu grosse Wasserstands-Differenzen, sowie eine erhebliche Senkung des Wasserspiegels bei Nussdorf zu verhüten. Die Höhe der Schutzdämme über dem Nullpunkt des Pegels ist mit Rücksicht auf den 1829/30 bei einer Eisverstopfung beobachteten Wasserstand von 19' (6,01^m) auf 20' (6,32^m) angenommen, jedoch soll am rechten Ufer, wo die Landeplätze für die neue Donaustadt Wien liegen werden, diese Höhe erst in einer Entfernung von 100' (190^m) vom Uferande erreicht werden, welcher auf 12' (3,79^m) angelegt wird.

Die Ausbaggerung des Profils wurde in der Weise beschlossen, dass zunächst die Gesamtbreite von 1000' (316^m) bis zum Nullwasserspiegel ausgehoben und sodann für die Zwecke der Schifffahrt am rechten Ufer eine 360' (113,8^m) breite Cunette auf 6' (1,90^m) unter Null hergestellt wird, was einem Quantum von 0,65 des gesammten auszuhebenden Materials entsprochen hätte. Da jedoch angenommen worden ist, mit dem aus dem Trakte neben dem Kaiserwasser gewonnenen Material dieses sogleich definitiv zu verfüllen; so wird wahrscheinlich der Durchstich sofort in ganzer Breite bis auf 8' (2,53^m) unter Null durchgeführt werden, wobei auf das Material, was die neuen Bahnanlagen etwa für sich entnehmen, noch nicht Rücksicht genommen ist. Die Aushebung, welche bei anderen Unternehmungen dieser Art mit kaum 0,20 begonnen zu werden pflegte, wird somit sofort mit 0,75 bis 0,80 in Angriff genommen. Vor Eröffnung des Durchstichs müssen natürlich alle Uferschutzwerke, Quaimauern, Landungstreppen und die 3 projektirten neuen Brücken vollendet sein; unmittelbar nach der Eröffnung wird die Verlandung des alten Armes in Angriff genommen werden.

Was den Donaukanal betrifft, so lagen sowohl Anträge vor, denselben ganz zu verschütten, wie durch Erbauung von Schleusen an beiden Mündungen ihn in eine horizontale Kanalhaltung zu verwandeln. Beides schien mit Rücksicht auf die Wasserläufe, Umrathskanäle etc., welche in denselben münden, unthunlich und wird derselbe unter entsprechender Vertiefung als fließender Seitenarm des Stromes konservirt, jedoch bei seiner Einmündung mit einem beweglichen Abschluss durch ein Sperrschiff zur Abhaltung des Eisganges und ausserordentlicher Hochwässer versehen werden; an seiner Ausmündung in das neue Bett sind ein grosser Winterhafen, Schifffswerften, Docks etc. projektirt.

Die durch die Regulierung zu erwartende Senkung des Wasserspiegels, deren Berechnung eine der wichtigsten und schwierigsten Fragen für dieses Unternehmen ist, schätzt der Vortragende an der Einmündung des Donaukanals bei Nussdorf auf ca. 6 $\frac{1}{2}$ ' (2,05^m), an seiner Ausmündung bei Albern auf ca. 2' (0,63^m), wenngleich diese Tiefen erst nach längerer Zeit, etwa in 30 bis 50 Jahren nach Fortspülung von 2 Millionen Kubikklafter (über 13,6 Millionen Kbm) erreicht werden dürften. Im Gegensatz zu Tostain und Hagen, welche schon eine sehr viel geringere Senkung als nachtheilig betrachten, erblickt er jedoch hierin eines der wichtigsten und werthvollsten Resultate der Donauregulierung, da hiernach eine entsprechende Senkung des Grundwasserstandes und eine ausserordentliche Verbesserung der tiefliegenden Stadttheile Wiens zu erwarten ist und erst hierdurch das gewonnene neue Terrain einer schnellen Bebauung fähig wird. Die Höhe desselben ist auf 14' (4,43^m) über dem Nullpunkt des Pegels angenommen und eine solche von 14 $\frac{1}{2}$ ' (4,74^m) auch der künftigen Bebauung der betreffenden alten Stadttheile zu Grunde gelegt worden, während dieselben gegenwärtig zum Theil erst auf 18' (5,69^m) Höhe bebaut werden dürften. Der einzige Nachtheil, dass bei jener Senkung des Stromspiegels auch eine entsprechende allmähliche Vertiefung des Donaukanals erforderlich wird, steht in keinem Verhältnisse zu diesem Gewinne.

Für die neue Stadt-Anlage am Donau-Durchstiche werden von dem im Ganzen ca. 1980 Joch (1140^{HA}) betragenden, für die Regulierung angekauften Terrain 690 Joch (397^{HA}) verwendet; dieselbe wird durch eine grössere Zahl theils neu anzulegender, theils bereits vorhandener und zu erweiternder Strassen mit den alten Stadttheilen in Verbindung gesetzt. Innerhalb der Donaustadt sind die Hauptstrassenzüge parallel zum Strome angelegt,

und zwar zunächst in einer Breite von 50' (9,83^m) incl. der 28' (43,10^m) breiten Landungsplätze die Quaistrasse, in 100' (189,65^m) Entfernung vom Uferande die Scheitelstrasse, hinter dieser die 15' (28,45^m) breite Hauptstrasse. Alle übrigen Parallelstrassen sind 10' (18,97^m), die Querstrassen 8' (15,17^m) breit projektirt. Auf der Quaistrasse wird neben dem Fahrwege und einer zweigleisigen Pferdebahn auch eine zweigleisige Lokomotivbahn angelegt, die mit sämmtlichen Bahnhöfen Wiens verbunden wird. Die Höhe der über den neuen Donaulauf zu erbauenden 5 neuen Brücken (3 für Eisenbahnen, 2 für Strassen) ist für die Unterkante der Konstruktion auf 30 $\frac{1}{2}$ ' (9,64^m) festgesetzt worden.

Nach kurzem Hinweis auf die verschiedenen Anstalten, die innerhalb des neuen Stadttheils bereits in Aussicht genommen sind resp. dort einen geeigneten Platz finden dürften, wie Handelspeicher, Fabriken etc., machte der Vortragende schliesslich einen Versuch die Rentabilität des Unternehmens durch Zahlen zu begründen. Er veranschlagt hierbei die Wertherhöhung der hierdurch verbesserten alten Stadttheile, sowie den Grundwerth der neuen Donaustadt, den Fortfall des durch die bisherigen Ueberschwemmungen abgewendeten Schadens, die Frachtersparniss des Handels etc. in Summa auf ca. 76 Millionen Gulden, während er die Vortheile, welche durch die Möglichkeit einer entsprechenden Entwicklung Wiens zur ersten Handelsstadt im Osten gegeben werden, auf mindestens 50 Millionen Gulden schätzt. Der Umstand, dass die Sachverständigen Hagen und Tostain sich auch aus finanziellen Gründen gegen das Durchstich-Projekt ausgesprochen haben, giebt ihm Veranlassung zum Schluss noch einmal auf deren Gutachten zurückzukommen und folgendes Urtheil zu fällen.

„Die von den Herren Experten Hagen und Tostain ausgesprochenen Bedenken gegen die Zweckmässigkeit, Ausführbarkeit und Rentabilität der Donau-Regulierung mittels eines Durchstiches basiren sonach offenbar auf vollständiger Unkenntniss der topographischen Verhältnisse des Donau-Stromes und der Stadt Wien.“*)

(Fortsetzung folgt.)

Architekten-Verein zu Berlin. Versammlung am 11. November 1871. Vorsitzender: Hr. Böckmann. Anwesend: 140 Mitglieder und 8 Gäste.

Nach Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte hielt zunächst Hr. Hacker einen Vortrag über die Ermittlung des Druckes, den Wasser auf die Röhrenwände einer Leitung ausübt, wenn dasselbe aus dem Zustande der Bewegung plötzlich in den der Ruhe überzutreten gezwungen wird. Es ist dieses Thema, zu welchem der Vortragende bei Gelegenheit von Versuchen an der Lübecker Wasserkunst angeregt worden ist, von ihm bereits in einem Aufsätze der Zeitschrift für Bauwesen bearbeitet worden.

Im Namen der Kommission zur Berathung der Baupolizei-Ordnung, welche das ihr vorliegende Material bereits in 7 Sitzungen diskutiert hat und im Laufe der nächsten Woche zum Abschlusse ihrer Arbeiten zu gelangen hofft, erstattete Hr. Sillich einen vorläufigen Bericht über die wesentlichsten der Punkte, in welchen Namens des Vereins eine Abänderung resp. Ergänzung des Entwurfes vorgeschlagen werden soll. Wir behalten uns ein Referat über das Gutachten der Kommission bis nach Vorlage desselben vor und haben daher vorläufig nur anzuführen, dass die von derselben geäusserten Ansichten einen Widerspruch nicht hervorriefen.

Von Seiten des Herrn Hartwich wurde angeregt, ob bei Erlass der neuen Bauordnung nicht zu erzielen sei, dass die Anlage von mit starken Glasplatten versehenen Lichtöffnungen, bei welchen die Eigenschaften eines Fensters, die Möglichkeit des Oeffnens und Durchsehens, ausgeschlossen sein müssten, an der Nachbargrenze erlaubt werde, ohne dass der Nachbar einerseits seine Einwilligung dazu geben müsse und ohne dass demselben andererseits das Recht geschmälert werde, diese Lichtöffnungen jederzeit mit einem, auf seinem Grundstück errichteten Bau schliessen zu dürfen. Von Hrn. Böckmann wurde sowohl diese Forderung vertheidigt, wie die derselben ganz analoge, dass es jedem Bauenden gestattet werden solle, an der Grenzmauer seines Hauses auf das Grundstück des Nachbarn reichende Gemissvorsprünge anzubringen, wenn nur diesem gleichfalls das Recht gewahrt bleibe, solche Vorsprünge im Falle einer Bebauung der betreffenden Grenze beseitigen zu können. Durch eine solche Lizenz, welche selbstverständlich nicht im Wege der Polizeiverordnung eingeführt werden kann, sondern einer gesetzlichen Sanktion bedarf, würde im ersten Falle die innere Einrichtung sehr vieler Häuser ausserordentlich verbessert werden können, während im zweiten die unsere Strassen schändenden kahlen Brandgiebel in erfolgreicher Weise sich beseitigen oder doch vermindern liessen. — Es wurden mehrere drastische Fälle angeführt, wie gegenwärtig derartige Absichten, deren Nützlichkeit für das allgemeine Beste resp. für die Schönheit der Stadt ganz offenkundig war, durch den Widerspruch eigensinniger und böswilliger

*) Wir haben an dieser Stelle ein — der Bedeutung der Sache entsprechenden ausführliches Referat und keine Kritik des Wex'schen Vortrages zu liefern, wollen jedoch, indem wir seinen Angriff auf die durch Charakter und Fachkenntniss hervorragende Autorität des deutschen Wasserbauers in voller Schärfe mittheilen, diejenigen Fachgenossen, welche zu einer solchen Kritik befähigt sind, ausdrücklich zu derselben auffordern. Dass man anderwärts die Wiener Donauregulierung nicht in so rosigem Lichte erblickt, wie in Oesterreich, beweist unter Anderem ein schon vor längerer Zeit im Technischen Verein zu Riga gehaltenen eingehender Vortrag, in welchem die Ansicht ausgesprochen wurde, dass die für die Wahl eines Durchstiches entscheidenden Motive lediglich die Erfüllung eines populären Wunsches bezweckten, während vom wissenschaftlich technischen Standpunkte nicht anders über die Frage geurtheilt werden konnte, als dies von Seiten Hagen's geschehen ist.

Nachbarn vereitelt wurden, doch bezweifelt Hr. Assmann die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine derartige gesetzliche Reform werde durchsetzen lassen.

Eine Anzahl von Fragen wird durch die Hrn. Böckmann, Möller, Streckert und Hartwich beantwortet; zum Schluss bringt der Vorsitzende einen Vorschlag des Vereinsmitgliedes

Hrn. Dr. zur Nieden zum Vortrage, wonach der Versuch gemacht werden soll, die durch die Beschaffenheit des Tunnels leider nach wie vor vereitelten geselligen Zusammenkünfte nach Schluss der Vereinssitzungen, im Bibliotheksalle und bei selbstbeschaffter Verpflegung zu veranstalten. Eine Entscheidung bleibt weiterer Berathung vorbehalten. — F. —

Vermischtes.

Zur Reform des deutschen Münzwesens geht uns nachstehende sehr beachtenswerthe Anregung zu, der wir zunächst nicht besser entsprechen zu können zu glauben, als indem wir dieselbe mit Hinweglassung einiger unwesentlicher Sätze zum wörtlichen Abdruck bringen.

Deutschland steht im Begriff eine wichtige Neuerung im Reichshandel einzuführen, ein neues Münzsystem und in Folge dessen neue Münzformen. Gleichviel welches System den Vorzug erlangen wird, ob der österreichische Gulden, die vielverbreiteten Franken oder die neu zu gründende Mark; jedenfalls steht die Thatsache fest, dass uns die nächste Zeit neue Münzstücke bringen wird. Wer mit Sinn und Auge für das Schöne versehen ist, dem muss es immer nahe gegangen sein, wie wenig bei uns der Staat Sorge trägt, wo er in seinem Verwaltungsleben durch äussere Zeichen seine Oberherrschaft bekundet, dies in würdiger und das Auge des Gebildeten befriedigender Weise zu thun. Unter die Stiefkinder solcher Art zählt unter Anderen auch das Münzprägwesen und nicht minder Alles, was in den Bereich der Herstellung von Werthpapieren gehört, der Obligationen sowohl als des Papiergeldes. So viel man sonst, und in manchen nicht die Politik berührenden Dingen mit Recht, das Konkurrenzwesen im deutschen Bundesstaatsleben der verflossenen Decennien gerühmt hat; in Bezug auf die Gestaltung unserer vielfachen Münzarten ist wohl, mit Ausnahme des Königreichs Sachsen, nirgend eine Anstrengung bemerkbar gewesen, etwas Tüchtiges herzustellen; obgleich es sich hier nur um den geringen Schritt handelt, den Entwurf des Stempels in die Hände eines erprobten Künstlers zu legen. An guten Vorbildern aus allen Zeiten fehlt es nicht; denn keine Zeit hat an die Form ihrer Münzen so wenige Anforderungen gestellt, als die unsrige. Und auch in unseren Tagen stand Deutschland in den Leistungen der Münzprägung auf keiner hohen Stufe neben den Nachbarstaaten. Frankreich vor allen, dessen Geld jetzt in den Reichsschatz fliesst, um von hier aus eine Umprägung zu erfahren, schickt uns — wenigstens in seinen Gold- und Kupfermünzen — ganz achtbare Vorbilder.

Sollte das neue Gewand, in welches die französischen Kriegsgelder gekleidet werden sollen, nicht mindestens ein eben so würdiges werden, als das alte französische war? Es ist hier mit so wenig Aufwand viel zu erreichen.

Berlin, im November 1871.

Adalbert Kerler
Architekt.

Der Bau des Rathhauses in Wien tritt nunmehr in das Stadium wirklicher Ausführung, nachdem der Gemeinderath die ihm von Seiten des Rathhaus-Ausschusses vorgelegten Anträge genehmigt hat. Der ursprüngliche Entwurf Friedrich Schmidt's ist entsprechend der neuen Baustelle und mit einigen Abänderungen und Einschränkungen — so z. B. Verlegung des Gemeinderaths-Saales an die Hinterfront und Fortlassung der Kapelle — umgearbeitet worden. Die Kosten der Ausführung sind auf 8½ Millionen Gulden veranschlagt, welche auf eine Bauzeit von 8—10 Jahren vertheilt werden sollen. Mit den Erdarbeiten sowie mit der Verdingung der Maurerarbeiten und der Beschaffung der Baumaterialien — beides im Submissionswege — soll noch im Laufe des Winters vorgegangen werden, während die Fundirung im nächsten Frühjahr beginnen wird.

Aus der Fachliteratur.

Zeitschrift des Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Vereins. 1870. (Schluss.)

Heft V enthält an Original-Abhandlungen:

Ueber die Konstruktion der Verbindungs-Kurven zwischen Weiche und Kreuzung, vom Oberingenieur Förderreuther. Mit zwei Tafeln Abbildungen.

Der Verfasser empfiehlt die Anwendung symmetrischer Weichen, um einen grösseren Krümmungs-Radius, einen kleineren Zungen- und grösseren Herzstückwinkel als bei einseitigen Weichen, auch die Ueberhöhung der äusseren Kurvenschiene, hier also des von den Zungen ausgehenden Stranges zu erreichen. Die Konstruktion der Zungen mit Ueberhöhung wird in ½ der wirklichen Grösse dargestellt.

Amerikanische Eishäuser, vom Architekt Zivilingenieur W. v. Streeruwitz.

Der von Siemens zuerst hervorgehobene Uebelstand des Einflusses der Erdwärme auf unterirdische Eiskeller ist in Amerika früher als in Deutschland beachtet worden, weshalb man dort in grossem Maassstabe Eishäuser über der Erde erbaut hat. Das Beispiel eines solchen in New-York wird durch Zeichnung und Beschreibung vorgeführt. Das Eis befindet sich im ersten Stockwerk eines massiven Gebäudes auf einem Blechboden, der mit vielen Rinnen versehen ist, und zwischen doppelten hohlen Bretterwänden von 7½" (21 mm) Dicke, deren innere Seiten mit starkem Filz überzogen sind.

Die Luft des Erdgeschosses und des mit demselben durch Oeffnungen in den Gewölben verbundenen Kellerraums wird durch Berührung mit dem Zinkblechboden des Eiskastens im ersten Stockwerk abgekühlt und von der äusseren Luft durch dichte Thür- und Fenster-Verschlüsse möglichst isolirt.

Ueber Heizung der Eisenbahnwagen für Sanitätszüge, von Dr. Wolpert.

Eine Zeitungsnotiz, welche die Art der Beheizung der Sanitätszüge bespricht, hat dem Verfasser zu einer Auseinandersetzung über die Feuchtigkeits- und Temperaturverhältnisse in geschlossenen Wagen Veranlassung gegeben.

Hydrotechnische Bemerkungen, vom Ingenieur Fischer.

Da die Zentrifugalkraft des Wassers sich an Uebergängen von einer Krümmung in eine andere äussert, so soll man bei Wasserstands- und Gefällemessungen Beobachtungen an beiden Flusssufern vornehmen.

Von Berichten aus der Baupraxis sei erwähnt:

Mittheilungen über die Organisation und Thätigkeit der bayerischen Feldeisenbahn-Abtheilung.

Desgleichen über die im Bau begriffenen Linien der vereinigten Pfälzischen Eisenbahnen.

Die Brücke über den East River bei New-York.

Es ist Absicht New-York mit Brooklyn durch eine Hängebrücke nach einem Projekt von J. Rößling zu verbinden. Die Brücke soll 1600' Spannweite und eine Höhe von 130' über der Fluthhöhe erhalten. Die Pilonen werden 268' hoch und oberhalb 120' lang, 40' breit. Die Fahrbahn ist 80' breit und zerfällt der Breite nach in fünf Theile, einem mittleren von 17' für Fussgänger, auf jeder Seite 13' für Pferdeisenbahn und 15' für Fuhrwerk. Der Rest bleibt für die Trennungsgeländer.

Heft VI enthält:

Die neueren Landgerichts- und Polizei-Gefängnissbauten in Bayern, mitgetheilt von dem Oberbaurath A. von Voit.

Nach der im Jahre 1862 vollzogenen Trennung der Gerichtsbarkeit von der Verwaltung hat man auch auf zeit- und zweckgemässe Veränderungen in den Räumlichkeiten der neu gebildeten Landgerichte und Polizeigefängnisse Bedacht genommen. Statt der ängstlichen Vorsorge gegen das Entkommen der Gefangenen oder gegen eine Kommunikation derselben unter sich, wodurch oft Einrichtungen hervorgerufen wurden, welche die Gesundheit der Gefangenen schädigen, hat man bei den neueren Bauten durch breite, durch alle Stockwerke offen hindurchgehende Vorräume und durch Vorkehrungen an den Arrestthüren die Aufsicht und Beobachtung der Gefangenen erleichtert.

An einem Beispiel wird die Vereinigung eines Landgerichts- und Polizei-Gefängnisses in einem Bauwerk gezeigt und bis in die kleinsten Details so erläutert, dass dasselbe, was auch ausgesprochen wird, als Vorbild für ähnliche Neubauten dienen kann. Auf 2 Blatt Zeichnungen sind die Grundrisse, Ansichten, Durchschnitte und die Details einer Gefängnisszelle klar dargestellt.

Es wird schliesslich erwähnt, dass die Gefangenen mit Arbeit versehen werden, deren Erlernung keine lange Zeit erfordert, und dass die gefertigten Gegenstände nicht billiger verkauft werden dürfen, als sie von freien Personen angefertigt werden können, welche Maassregel allgemeine Beachtung verdiente.

Selbstwirkender Regulator für Feuerungen von dem Bezirks-Ingenieur Seeberger mitgetheilt. Die Einrichtungen, welche in Vorschlag kommen, haben den Zweck, durch Regulirung der bei einer Feuerung ab- oder zuströmenden Luft die Temperatur auf einer gewissen Höhe zu erhalten; sie bestehen hauptsächlich aus einem Hebel-Apparat, welcher durch Zinkstäbe, die sich bei wachsender Temperatur ausdehnen, bewegt wird und auf die Stellung einer Drosselklappe oder eines Verschlusskegels im Rauchabzugsrohr einwirkt.

Wohnhaus in Augsburg an der Environ-Strasse, vom Stadtbaurath Leybold daselbst; mit 1 Blatt Zeichnungen. Dasselbe ist für eine Familie gebaut und zwar nach einer gegebenen Grundrisseintheilung, so dass dem Architekten hauptsächlich die Fäçaden-Gestaltung übrig blieb.

In den Berichten aus der Bau-Praxis finden sich fernere Mittheilungen über die Thätigkeit der bayerischen Feldeisenbahn-Abtheilung. —>

Personal-Nachrichten.

Preussen.

Ernannt: Der Bau-Kommissar Berner zu Vöhl zum Kreisbaumeister in Frankenberg (Reg.-Bez. Kassel).

Versetzt: Der Bau-Akzessist Schüler zu Diez als Bau-Inspektor für den Unterwesterwald-Kreis nach Montabaur; der Bau-Akzessist Petsch zu Montabaur nach Diez.

Dem Landbaumeister a. D. Pabst zu Erfurt ist der Charakter als Baurath verliehen worden.